

VERANSTALTUNGSREIHE IM OSTEN

Das Gespräch kommt auf die Coronapandemie – und der Saal wird unruhig

Der Schriftstellerverband PEN Berlin bereist den Osten und diskutiert mit großen Namen in kleinen Orten über Meinungsfreiheit. Ist das nur Diskurstheater? Oder ein echter Beitrag zu gelebter Demokratie?

Von **Florian Kappelsberger**



Das Theater in Nordhausen, eröffnet 1917, wird derzeit renoviert: Diskutieren Menschen auch an kleineren Orten, wenn man sie dazu einlädt?

»Das hier soll ein Fest der Meinungsfreiheit werden«, sagt Moderator Frédéric Schwilden. Einmal Applaus bitte! Für die Besucherinnen und Besucher selbst, die ins Klubhaus Ludwigsfelde gefunden haben. Für Juli Zeh und Constantin Schreiber, die Gäste auf dem Podium. Und, natürlich und vor allem, für die Meinungsfreiheit. Applaus!

Es ist eine illustre Runde für die Bühne einer brandenburgischen Mittelstadt am vergangenen Mittwochabend: der selbst ernannte Dandy-Journalist von der »Welt«, mit knallgelbem Sakko und roten Lederschuh, die wohl erfolgreichste deutsche Autorin der Gegenwart und das Gesicht der »Tageschau«-Hauptausgabe. Diskursprominenz meets Provinz – das ist die Idee.

Der Abend in Ludwigsfelde ist die vorletzte von 37 Veranstaltungen in der Reihe »Das wird man ja wohl noch sagen dürfen«, organisiert vom PEN Berlin. Im Vorfeld der Landtagswahlen tourte der Schriftstellerverband durch Sachsen, Thüringen und Brandenburg, zusammen mit namhaften Autoren, Journalistinnen und Intellektuellen. »Demokratie braucht eine Öffentlichkeit«, sagt der Journalist Deniz Yücel, der den Verband gemeinsam mit der Autorin Eva Menasse leitet, »das hier ist eine Einladung zum gemeinsamen Gespräch.« Diskussion als Heilmittel gegen Spaltung und gefühlte Sprechverbote, der zwanglose Zwang des besseren Arguments.

Den Auftakt der Gesprächsreihe machten der Historiker Ilko-Sascha Kowalczyk und der Germanist Dirk Oschmann Anfang August in Chemnitz. Der Andrang war enorm, die Redner diskutierten lebhaft, auch das Publikum stritt mit. Und am Ende war niemand entnervt oder blutete aus der Nase. Stattdessen saßen die Besucher noch eine Weile in Grüppchen im Innenhof, tranken Bier und diskutierten fröhlich weiter. Eins zu null für Habermas.

Aber wie sieht es außerhalb der Großstadt aus? Diskutieren Menschen auch an kleineren Orten, wenn man sie dazu einlädt? Können sie zuhören und antworten – über ideologische und Parteigrenzen hinweg? Und, die wichtigste Frage: Kommen sie überhaupt?

In Ludwigsfelde ist der Saal voll, mehr als 300 Menschen sitzen unter der hohen Decke des Klubhauses. Juli Zeh und Constantin Schreiber diskutieren über Haltungsjournalismus, Shitstorms und Selbstzensur – und sind sich oft einig. »Die Fähigkeit, respektvoll zu debattieren, ist momentan nicht mehr so gegeben«, klagt Zeh und erntet viel Applaus. »Das ganze Leben ist politisch«, moniert Schreiber in seiner glasklaren »Tagesschau«-Artikulation. Applaus. Die Landtagswahl, die nur wenige Tage später in Brandenburg ansteht, findet in der Debatte nur am Rande statt.



»Tagesschau«-Sprecher Schreiber, Moderator Schwilden, Autorin Juli Zeh in Ludwigsfelde: »Das ganze Leben ist politisch«

So trägt der Abend, der doch eigentlich die Meinungsfreiheit feiern will, eine gewisse Malaise: Wer mit seiner Meinung abweiche, werde als Person angegriffen und delegitimiert, kritisiert Schreiber. Sie selbst sei zur »Unperson« gemacht worden, sagt Zeh, als sie die Maßnahmen während der Coronapandemie kritisiert habe – ein drastischer Vergleich mit dem totalitären Szenario in George Orwells »1984«.

Viele Menschen im Publikum scheinen dieses Unbehagen jedenfalls zu teilen. Eine ältere Frau ergreift das Wort, erinnert an ein kürzliches SPIEGEL-Cover mit dem Titel »Die Systemsprengerin«, das die Politikerin Sahra Wagenknecht mit Dynamit in der Hand zeigt. »Da wird doch schon eine Richtung vorgegeben!«, sagt sie empört. Zeh stimmt zu, Journalismus und Meinung würden zu selten getrennt. »Es muss nicht immer betreutes Lesen sein!« Applaus.

Die beiden prominenten Gäste kommen ins Reden, spielen sich die Bälle hin und her – und kapern so versehentlich die Diskussion. »Ich wollte noch mal daran erinnern, dass das Publikum als vierter Gast angekündigt ist«, mahnt Co-Moderator Aron Boks, der den Publikumsteil der Veranstaltungsreihe leitet, an einer Stelle. Doch auch die Besucherinnen und Besucher stellen mehr Fragen an Zeh und Schreiber, als selbst mitzustreiten. Vielleicht ist die Anonymität eines vollen Saals ein Hindernis dafür, wirklich ins Gespräch zu finden.

Anders im sächsischen Großenhain, 18.000 Seelen, Mitte August. Der PEN Berlin lädt diesmal in den Alberttreff, ein soziokulturelles Zentrum am Stadtrand, die bunte Fassade erinnert an eine moderne Kita. Parallel findet ein Tanzkurs statt, aus dem Nebensaal dröhnt dumpf die Stimme des Schlagersängers Vincent Gross: »Und wieder dieser Beat in meinem Herzen.«

Es diskutieren Jakob Springfeld, antifaschistischer Aktivist und Autor aus Zwickau, und Anna Kaminsky, Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Gekommen ist gerade mal ein Dutzend Besucher, die meisten davon Männer um die 50, eine Gruppe Schülerinnen, zwei Senioren. Viele Stühle im Saal bleiben leer.



Aktivist Springfeld, Stiftungsdirektorin Kaminsky, Moderator Helfer in Großenhain: »Es gibt kaum noch Grautöne«

Zu Beginn wird die Frage gestellt, ob in Deutschland Meinungsfreiheit gelte. »Man sollte Meinungsfreiheit nicht mit Widerspruchsfreiheit verwechseln«, sagt der 22-jährige Springfield. Kaminsky ihrerseits sieht die freie Meinungsäußerung bedroht durch Polarisierung und Shitstorms: »Es gibt kaum noch Grautöne.« Die Debatte bleibt abstrakt, Kaminsky beklagt einen angeblichen Genderzwang an Universitäten, Springfield zitiert Karl Poppers Toleranzparadoxon mit Blick auf die Gefahr von rechts. Man findet nicht wirklich zusammen.

Die Wortmeldungen aus dem Publikum sind länglich, sie drücken eine vage Unzufriedenheit mit dem Debattenklima aus. »Es wird immer emotionaler«, klagt ein Besucher, ein anderer: »Die Grenze der Meinungsfreiheit wird viel zu pauschal gezogen.« Ein älterer Herr will die Diskussion immer wieder auf das Thema Frieden lenken, erzählt vom Wehrdienst in der NVA, spricht von Mali und Afghanistan. »Ohne Frieden ist alles nichts!«, ruft er ins Mikrofon.

Verbandschef Deniz Yücel will einen Anker werfen und versucht, die Debatte auf das kürzliche Verbot des rechtsextremen Magazins »Compact« und die repressiven Reflexe der Exekutive zu lenken. Ohne Erfolg. Stattdessen geht es um alles – die Politisierung des Privatbereichs, die polarisierende Logik sozialer Medien, die Grenzen der Toleranz – und um nichts: Die Diskussion bleibt so abstrakt wie ziellos, ein trüber Diskursdiskurs, der ratlos zurücklässt. Nur weil miteinander gesprochen wird, kommt man noch lange nicht ins Gespräch.

Der Schriftstellerverband ist nicht allein damit, im Vorfeld der Landtagswahlen die ostdeutsche Provinz bespielen zu wollen. Die Punkrockband Beatsteaks tourte im Sommer durch kleine Jugendzentren, um den Alternativen vor Ort Mut zu machen, trotz Unterzahl. Das Magazin »Katapult« gab eigene Zeitungen für Sachsen, Brandenburg und Thüringen heraus – mit dem erklärten Ziel, die Bundesländer zu »überfluten« und die AfD zu bekämpfen.

Der PEN Berlin seinerseits betont, sich nicht parteipolitisch einmischen zu wollen. »Das ist keine Veranstaltungsreihe gegen die AfD«, sagt Deniz Yücel. Ziel könne nicht sein, Wahlergebnisse zu beeinflussen, das wäre grotesk und falsch.

Der Ansatz ist ein anderer: reden, reden, reden, mit möglichst vielen, möglichst niedrigschwellig. Es geht sichtlich darum, einer verbreiteten Unzufriedenheit – Denkverbote! Maulkorb! – offensiv zu begegnen. Wo immer man sie vermutet.

Ein Dienstagabend Ende August in Nordhausen, Thüringen, 41.000 Einwohner. Das Theater aus der Kaiserzeit wird gerade renoviert und ist von Bauzäunen umgeben, die Veranstaltung weicht auf die Lobby im modernen Anbau aus, graue Säulen und Betoncharme. Diesmal ist der Saal voll, geladen sind zwei meinungsstarke Diskurspromis: Stephan Anpalagan, evangelischer Theologe und Journalist, engagiert gegen Rassismus und Rechtsextremismus, und Nikolaus Blome, liberalkonservatives Flaggschiff bei RTL und n-tv – und Kolumnist beim SPIEGEL. Beide sind bekannt für pointierte Kommentare, scheuen nicht die Auseinandersetzung.

Man erwartet also eine aufgeladene Debatte in Talkshowmanier, kleine Spitzen, Unversöhnliches – doch all das bleibt aus. Die beiden diskutieren über den Bedeutungsverlust der Printmedien, die Kosten des Öffentlich-Rechtlichen, Subventionen für Kunst und Kultur. Anpalagan spricht bedächtig, fast

schüchtern, Blome erwidert abwägend. Dabei werden sie sich nicht immer einig, doch auch der Widerspruch bleibt respektvoll. Man lässt sich ausreden.

Es scheint, dass dieses besondere Setting – eine kleine Theaterlobby in der thüringischen Provinz, die erste Zuschauerreihe ganz nahe – auch die beiden prominenten Kolumnisten ein Stück weit erdet, nahbarer macht.



Moderatorin Gehrke, Gäste Blome, Anpalagan in Nordhausen: »Ich habe nicht Diktatur gesagt!«

Der Dialog mit den Besuchern läuft zwanglos an. Eine Frau in der ersten Reihe schaltet sich in die Debatte über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein und kritisiert: »Es wird nicht mehr unterschieden zwischen Nachrichten und Meinung.« Blome widerspricht ruhig, führt an, dass diese Unterscheidung noch nie absolut trennscharf war. Er sieht den Knackpunkt vielmehr in der Auswahl der Themen, erzählt von den Herausforderungen im eigenen Arbeitsalltag: »Mein Tag als Nachrichtenjournalist besteht ganz überwiegend daraus, Dinge wegzulassen.« Die Sendezeit sei begrenzt, so müssten Informationen unterschiedlich priorisiert werden.

Der Ton ist sachlich, nicht belehrend. Und doch wird bald sichtbar, wo die Grenzen des Diskursideals verlaufen. Das Gespräch kommt auf die Coronapandemie, der Saal wird unruhig. Als Stephan Anpalagan von der Übersterblichkeit in den ersten Monaten nach dem Ausbruch spricht, schüttelt ein Besucher energisch den Kopf und ruft: »Quatsch!« Eine Frau in der ersten Reihe kritisiert die Maßnahmen der Regierung als überzogen und beklagt: »Damals sind alle, die ihre Zweifel angemeldet haben, übelst beschimpft und diffamiert worden.«

Blome widerspricht, er weist auf die oft kontrovers geführten Debatten in deutschen Talkshows hin. Den Maßnahmenkritikern wirft er vor, überspitzte Begriffe wie Diktatur und Verschwörung zu nutzen: »Das trägt zu ebenjenem Klima bei, das wir hier alle beklagen.« Der Saal applaudiert, doch die Frau ruft aufgebracht dazwischen: »Ich habe nicht Diktatur gesagt!«

Sie hat recht. Der Moderator versucht zu schlichten, bietet ihr das Mikrofon an, doch sie schüttelt nur den Kopf. Hier wird ein Kurzschluss sichtbar: Die Besucherin klagt pauschal über die Medien, der Journalist haftet ihr reflexhaft das Etikett einer Verschwörungstheoretikerin an – beide Seiten fühlen sich ungerecht behandelt. Ein Gespräch scheint unmöglich.

Corona wird immer wieder Thema an diesem Abend, aber etwa auch die strukturellen Herausforderungen für den ländlichen Raum, der ÖPNV, das Debattenklima. Die Wortmeldungen widersprechen einander und auch den beiden Rednern. Am Ende des Abends verharren die Besucher um die Stehtische in der Lobby und diskutieren weiter.

»Das ist ein sehr gepflegter Rahmen«, zeigt sich ein Nordhäuser zufrieden. Offene Gesprächsräume gebe es in der Stadt immer weniger; gehört würden vor allem jene, die sich etwa vor dem Rathaus versammelten und laut würden. (Zwei Tage später findet dort das Sommerfest der thüringischen AfD statt, Spitzenkandidat Björn Höcke wird begeistert empfangen.) Seine Ehefrau pflichtet bei: »So eine Veranstaltung zwingt einen, kurz darüber nachzudenken, was man sagt.« Unter Gleichgesinnten sei es leicht, Parolen zu brüllen. Anders, wenn man dabei einem Gegenüber mit einer anderen Meinung ins Gesicht blicke.

Tatsächlich werden offene Räume für Kultur und Debatte rar – gerade in der Provinz, gerade in den ost-deutschen Bundesländern. An vielen Orten schließen Jugendklubs, Bibliotheken machen dicht. Dabei gilt es in der Sozialwissenschaft als erwiesen, wie entscheidend solche Orte der alltäglichen Begegnung für die Demokratie sind. Wo diese Räume verschwinden, wächst die Entfremdung.

Wie misst sich nun der Erfolg einer solchen Gesprächsreihe? An der Anzahl der besetzten Stühle? Der Lautstärke der Debatten? Den Wahlergebnissen danach? Klar ist, dass eine Podiumsdiskussion nicht jeden erreichen kann. Anhänger von AfD und BSW, räumt Organisator Yücel ein, waren wohl kaum vertreten. Und die Reizthemen – Corona, Migration, Ukrainekrieg – verschwinden nicht, nur weil man über sie spricht.

»Wir sind uns bewusst, dass so ein Abend auch aus dem Ruder laufen kann«, sagte Eva Menasse beim Auftakt in Chemnitz. »Aber das Risiko müssen wir eingehen, sonst kommen wir nicht weiter.« Die Veranstaltungen wurden von Security begleitet, für den Fall der Fälle. Letztlich, resümiert Yücel, musste diese bei mehr als 30 Veranstaltungen »nur eineinhalb Mal« eingreifen. Weil sich Einzelne nicht an die Spielregeln gehalten oder mutwillig gestört hätten.

Was bleibt also nach den Wahlen? Wenn die Scheinwerfer der Medien weiterziehen, wenn die kulturellen Interventionen gelaufen sind und die Intellektuellen in ihre Metropolen zurückkehren? Die Grenzen, an die das Ideal vom offenen Gespräch im politischen Klima stößt, lassen sich schwerlich ignorieren. Und doch ist es eine Leistung der Veranstaltungsreihe, sie immerhin zu kartografieren. Und das nicht zum letzten Mal: Einzelne Partner haben laut Yücel schon angekündigt, das Format aufgreifen zu wollen. Diskussionsabende vor Ort, offen für jeden.

Auch hier wird es wohl hin und wieder leere Stühle und zähe Diskussionen geben, auch hier wird man an Grenzen stoßen, das Angebot eines Gesprächs wird nicht jedes Mal aufgehen. Applaus dafür, dass man es trotzdem versucht.